

Verräter oder Helden? Fritz Bauer und der 20. Juli 1944

Noch bis 23. August: Ausstellung in der Sparkasse Mainfranken in Würzburg anlässlich des 80. Jahrestages des Stauffenberg-Attentates

Waren die Männer des 20. Juli 1944 Staatsverräter? Als solche wurden sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht nur von ehemaligen Nazis, sondern auch von vielen gewöhnlichen Deutschen betrachtet, wie die Ausstellung in der Sparkasse Mainfranken dokumentiert. Es ist das Verdienst des damaligen Braunschweiger Staatsanwaltes Fritz Bauer, in einem Aufsehen erregenden Prozess 1952 das Ansehen der Männer des Widerstandes wiederhergestellt zu haben. Die Ausstellung in der Hofstraße in Würzburg thematisiert jenen Prozess, den Bauer zunächst nur gegen den Rechtsextremen Otto Ernst Remer führte, der aber dann ein generelles Umdenken in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung bewirkte.

Die Berliner Historikerin Dr. Claudia Fröhlich, die die Ausstellung konzipiert hat, erklärte in ihrem Eröffnungsvortrag in der Sparkasse Zusammenhänge und Hintergründe: „Claus Schenk Graf von Stauffenberg hatte am 20. Juli 1944 versucht, Hitler im Führer-Hauptquartier durch einen Sprengstoffanschlag zu töten. Doch Hitler überlebte das Attentat. Er befahl Otto Ernst Remer, der damals in Berlin Kommandeur des Wachbataillons ‚Großdeutschland‘ war, persönlich, den Widerstand in Berlin niederzuschlagen. Remer besetzte mit seinem Wachbataillon daraufhin die Zentrale des Widerstandes, das Oberkommando des Heeres im Berliner Bendlerblock. Noch in derselben Nacht wurden die Anführer des Widerstandes dort erschossen. 1949 gründete Remer dann mit anderen ‚alten Kämpfern‘ zusammen die rechtsextreme SRP, die Sozialistische Reichspartei, die sich als Nachfolgepartei der NSDAP verstand; Remer war ein beliebter Redner, ein Zugpferd der Partei – und als er 1951 im niedersächsischen Wahlkampf für die SRP warb, waren die Säle oft überfüllt. Bei einer Wahlkampfrede im Mai 1951 sagte er wörtlich über die Leute des Widerstandes: ‚Diese Männer sind zum Teil Landesverräter gewesen und es wird die Zeit kommen, in der man verschweigt, dass man zum 20. Juli gehört hat.‘ Remers SRP gewann bei der Wahl 1951 in Niedersachsen 11 Prozent der Stimmen und zog in den Landtag ein.“ Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, die die Ausstellung nach Würzburg ausleiht, schreibt: „Der Braunschweiger Generalstaatsanwalt Fritz Bauer klagt ihn (Remer) wegen ‚übler Nachrede‘ und ‚Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener‘ an und initiiert einen ‚Prozess um den 20. Juli‘. Die Widerstandskämpfer sollen vom Stigma des Verrats befreit und das Recht zum Widerstand gegen das NS-Unrechtsregime soll endlich anerkannt werden.“

Fritz Bauer, 1903 in Stuttgart als Sohn liberaler jüdischer Eltern aufgewachsen, hatte in

Tübingen und Heidelberg Rechtswissenschaften studiert und war früh Amtsrichter geworden. Als Jude, Sozialdemokrat und als engagierter Verteidiger der Weimarer Republik war er aber 1933 von den Nationalsozialisten aus dem Staatsdienst entlassen und inhaftiert worden – Bauer konnte emigrieren und überlebte in Dänemark und Schweden. 1949, nach Gründung der Bundesrepublik, kehrte Bauer nach Deutschland zurück, er wollte die Demokratie und den Rechtsstaat mit aufbauen. Bauer wurde schnell Generalstaatsanwalt in Braunschweig, ab Mitte der 1950er Jahre hessischer Generalstaatsanwalt in Frankfurt am Main. Trotz dieser hohen Positionen blieb Fritz Bauer aber in der deutschen Justiz ein *Außenseiter*: Er ging nämlich davon aus, nur durch „Bewältigung der Vergangenheit“, nur durch Aufarbeitung der NS-Vergangenheit könne in Deutschland die Zukunft gestaltet – und eine stabile Demokratie aufgebaut werden. Mit dieser aufklärerischen Haltung stand Bauer von Beginn an in radikaler Opposition zur Politik der Bundesregierung unter Kanzler Konrad Adenauer: Adenauer hatte schon in seiner ersten Regierungserklärung 1949 gefordert „mit dieser Nazi-Riecherei“ aufzuhören und einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Nicht wenige Richter in der jungen Bundesrepublik waren daher alte Nazis, denen der Aufklärer Fritz Bauer als Nestbeschmutzer galt. Vier Tage lang verhandelt das Landgericht Braunschweig im März 1952. Angehörige und Überlebende berichten über die Motive der Widerstandskämpfer. Gutachter sprechen über den Eid und entkräften den von Remer propagierten „Dolchstoß“. Ein Höhepunkt des Prozesses ist das Plädoyer von Fritz Bauer. Der Prozess findet bundesweite Aufmerksamkeit. Das Landgericht Braunschweig verurteilt Otto Ernst Remer zu einer Strafe von drei Monaten und sieht den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 als rechtmäßig an.

Die öffentliche Rehabilitierung der Hitler-Attentäter bedeutete zugleich eine nachträgliche Anerkennung anderer Menschen im deutschen Widerstand, von denen nicht wenige im Umfeld des 20. Juli 1944 enttarnt und hingerichtet wurden. Zu ihnen gehörten auch Mitglieder des sogenannten „Kreisauer Kreises“: Die Gruppe ist Namensgeber für die „**Kreisau-Initiative e.V. Würzburg**“, die die aktuelle Ausstellung in die Domstadt geholt hat. Deren Vorsitzender, **Dr. Gregor Wolf**, hinterfragte in seinem Grußwort die Authentizität des kürzlich von rechtsgerichteten EU-Parlamentariern gegründeten Bündnisses „Patrioten für Europa“. Er zitierte den Gründer der Würzburger Kreisau-Initiative, Professor Dr. Andreas Möckel, der 2017 in der Katholischen Hochschulgemeinde in Würzburg eine vielbeachtete Rede hielt: „Auf keinen Fall darf man den Widerstand und die Erinnerung an diese Patrioten und auch den Ehrennamen ‚Patriot‘ den neuen Völkischen überlassen. Das würde die Geschichte auf den Kopf stellen.“ Gregor Wolf wies darauf hin, dass heutige Rechtsextreme aber nicht nur die Sprache zu dominieren suchten, sondern auch politische Narrative steuerten: „Ein Thema, mit dem die europäischen Rechtsextremen seit geraumer Zeit die etablierten Parteien erfolgreich vor sich hertreiben, ist die Migration. Die Antworten von Rechts lauten: Isolierung, Abschiebung, ja sogar Deportation.“ Wolf forderte die

Demokraten dazu auf, das Narrativ zu ändern: „Die Integration von Migrantinnen und Migranten bei uns stellt eine zentrale Herausforderung der Zukunft dar – nicht nur, weil das Recht auf Asyl zu den Grundwerten unseres modernen Rechtsstaates gehört, sondern auch, weil wir die vor Hunger, Not und Krieg Geflüchteten notwendig brauchen, um unsere Volkswirtschaft am Leben zu erhalten“. Statt abendländisch-christlichen Werten zu folgen, lasse man sich von völkischem Gedankengut leiten, „wenn die öffentliche Debatte um die Abschiebung weniger straffällig gewordener Asylbewerber immensen Raum gewinnt, während gleichzeitig der immense Arbeitskräftemangel in allen Branchen sträflich vernachlässigt wird.“ Letztlich sei es auch unfair, „dass wir nur fertige Fachkräfte importieren und damit ja auch anderen Volkswirtschaften entziehen, anstatt dass wir diejenigen auch selbst ausbilden, die wir so dringend benötigen“.

Rainer Ankenbrand, Vorstandsmitglied der Sparkasse Mainfranken, erinnerte in seinem Grußwort als Hausherr der Ausstellung an den kürzlich verstorbenen russischen Oppositionspolitiker Alexej Nawalny: Er „war ein mutiger Mann. Sein Wirken war geprägt von dem Ziel, in einem freien und demokratischen Russland zu leben. Selbst ein schwerer Giftanschlag hat ihn nicht von seinem Weg abbringen können. Es gibt sie - Menschen, die sich entschlossen einem Regime entgegensetzen und dafür ihr Leben riskieren. Warum tut er das, möchte man fragen? Ein einzelner Mann kann doch gegen einen Machthaber wie Wladimir Putin nichts ausrichten, könnte man da äußern. Doch hat er uns alle und vor allem auch den politisch Verantwortlichen weltweit eindringlich auf die Verhältnisse in Russland aufmerksam gemacht.“

Oberbürgermeister Christian Schuchardt, der auch Schirmherr der Ausstellung ist, nannte in seinem Grußwort den 20. Juli 1944 einen „Aufstand des Gewissens – mit dem Ziel: Frieden und eine erste Aussöhnung mit den Völkern Europas“. Schuchardt erinnerte an zwei prominente Würzburger, nämlich Stauffenbergs Bruder und dessen Frau: „Claus´ Bruder Alexander Schenk Graf von Stauffenberg wurde in Sippenhaft genommen. Er habilitierte hier bei uns in Würzburg und hatte zwischen 1936 und 1942 eine Professoren-Stelle für Alte Geschichte an der Julius-Maximilians-Universität. Doch dann musste er seinen Kriegsdienst antreten – und wurde nach dem gescheiterten Attentat im KZ-Lager Buchenwald inhaftiert. Seine Frau Melitta, eine deutsche Vorzeige-Ingenieurin und Fliegerin, starb beim Versuch, ihren Mann zu befreien. Nach Kriegsende kam er schließlich frei.“ Der Oberbürgermeister betonte auch die Notwendigkeit, einen Bezug zur Gegenwart herstellen: „Denn auch heutzutage kommen aus der rechten Ecke viele Stimmen, die mich und bestimmt auch Sie zutiefst erschüttern. Behauptungen, Unwahrheiten, Lügen. [...] Gegen solch rechtes Gedankengut müssen wir mit den Mitteln unserer Zeit Widerstand leisten. Mit Wählengehen. Mit Demonstrationen. Mit Argumenten. Oder mit Ausstellungen, wie die heute beginnende eine ist.“